



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2013/2135(INI)

18.12.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit und den Ausschuss für Industrie, Forschung und
Energie

zu dem Thema „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“
(2013/2135(INI))

Verfasser der Stellungnahme: David Casa

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie als federführende Ausschüsse, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. unterstützt den Vorschlag der Kommission, wonach über den Rahmen für die Klimaschutz- und Energiepolitik bis 2030 eine frühzeitige, ambitionierte Einigung herbeigeführt und dabei insbesondere dem Ziel Rechnung getragen werden soll, einen Beitrag zu einer wettbewerbsfähigen und weniger ressourcenintensiven Wirtschaft zu leisten, von der neue hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten und nachhaltige Wachstumschancen ausgehen können, und dem Ziel, einem zusätzlichen Klimawandel entgegenzuwirken;
2. weist darauf hin, dass bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in den „Ökowiirtschaftszweigen“ während der Krise im Vergleich zu vielen anderen Branchen eine positive Bilanz zu verzeichnen war¹;
3. weist darauf hin, dass vor allem im Lauf der letzten Jahre im weniger CO₂-intensiven Sektor der Anteil der Löhne tendenziell weniger zurückgegangen ist als in den 15 Wirtschaftszweigen mit den größten Emissionsmengen²;
4. fordert, dass Maßnahmen ergriffen werden, um Ressourcen des Konjunkturprogramms für hochwertige „grüne“ Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum bereitzustellen; betont, dass gerade die KMU bei der Schaffung von hochwertigen „grünen“ Arbeitsplätzen für Arbeitnehmer mit hoher und niedriger Qualifikation unterstützt werden müssen;
5. betont die Notwendigkeit, eine Plattform für die Mitgliedstaaten einzurichten, über die sie ihre Bemühungen um die Schaffung von neuen, hochwertigen „grünen“ Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum koordinieren können; betont, dass die Förderung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Sozialpartnern notwendig ist, um einen reibungslosen Übergang zu einer „grüneren“ Wirtschaft herbeizuführen;
6. fordert einen ausgewogenen Ansatz in Bezug auf potenzielle neue Ziele in den Bereichen Klimaschutz und Energie, bei dem die negativen Auswirkungen auf die industrielle Basis und die Beschäftigung in der EU berücksichtigt werden;
7. betont, dass mittelfristig alle direkten und indirekten Subventionen, Steuervorteile und Finanzhilfen für ökologisch nicht nachhaltige Aktivitäten abgeschafft werden müssen;
8. hebt hervor, dass der soziale Dialog und die Beteiligung der Arbeitnehmer grundlegende Werte und Instrumente sind, die die Förderung von sozialem Zusammenhalt, hochwertiger Beschäftigung und Arbeitsplatzschaffung einerseits und verstärkter Innovation und

¹ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen mit dem Titel: „Exploiting the employment potential of green growth“ („Nutzung des Beschäftigungspotenzials des ‚grünen‘ Wachstums“, SWD(2012)0092 final).

² Gemeinsame Veröffentlichung der Kommission und der Internationalen Arbeitsorganisation mit dem Titel „Towards a greener economy: The Social Dimensions“, S. 48.

Wettbewerbsfähigkeit in den europäischen Volkswirtschaften andererseits begünstigen und beides in Einklang bringen;

9. weist darauf hin, dass Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen laut einer Prognose der Kommission bis 2020 neue Arbeitsplätze in beträchtlicher Anzahl entstehen lassen könnten; weist auf Erwartungen hin, denen zufolge sich der Übergang zu einer weniger ressourcenintensiven Wirtschaft in vielerlei Weise darauf auswirken wird, welches Kompetenzniveau allgemein gebraucht wird; weist darauf hin, dass das Potenzial für „grüne“ Arbeitsplätze nicht nur in neuen Branchen mit hohem Kompetenzniveau besteht, sondern überall in der Wirtschaft und auf allen Kompetenzniveaus;
10. weist darauf hin, dass der Betrag von 573 Mrd. EUR, der im Jahr 2011 für die Einfuhr fossiler Brennstoffe aufgewendet wurde¹, ein ungenutztes Potenzial für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen im „grünen“ Wirtschaftssektor der EU ist;
11. fordert, dass Maßnahmen ergriffen werden, um dem Kompetenzmuster, das für neu entstehende Arbeitsplätze benötigt wird, Rechnung zu tragen und entsprechende Anpassungen zu vollziehen, die notwendigen Anpassungen der Bildungs- und Ausbildungssysteme vorzunehmen und neue Herausforderungen an solchen bestehenden Arbeitsplätzen, deren Profil sich dem von „grünere“ Arbeitsplätzen annähert, zu bewältigen; betont, dass aktive Arbeitsmarktpolitik darauf ausgerichtet sein muss, dem Arbeitskräftebedarf zu entsprechen, und entsprechend konzipiert sein muss, damit es nicht zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im Bereich der neuen Technologien der Nachhaltigkeit kommt und damit junge Menschen, Frauen und andere benachteiligte Gruppen Zugang zu nachhaltigen und hochwertigen Arbeitsplätzen in der „grünen“ Wirtschaft bekommen;
12. verweist auf die Absicht der Kommission, dafür zu sorgen, dass die rückläufige Entwicklung der Industrie in Europa im 21. Jahrhundert umgekehrt wird¹; fordert kohärente Ansätze in der Klimaschutz- und der Energiepolitik, die zu den Zielen der Industriepolitik nicht in Widerspruch stehen und dadurch die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht hemmen;
13. fordert, dass Maßnahmen ergriffen werden, damit die Arbeitsplätze in den besonders betroffenen emissionsintensiven Branchen, beispielsweise Stromerzeugung, Verkehr und Bauwesen und in energieintensiven Branchen, die allgemein die umweltfreundlichsten und energieeffizientesten der Welt sind, erhalten bleiben; verlangt, den Wechsel von durch Arbeitsplatzabbau bedrohten Arbeitnehmern der betroffenen emissionsintensiven Branchen in andere Branchen zu erleichtern;
14. betont die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Einkommensstützung zu ergreifen, die von weiteren Maßnahmen, z. B. im Ausbildungsbereich, flankiert werden, um die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und aufrechtzuerhalten, die Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu halten und dem Verfall von Kompetenzen in Zeiten der Krise und der Umstrukturierung vorzubeugen;

¹ http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/oettinger/headlines/news/2011/03/20110308_de.htm

¹ (Mitteilung der Kommission vom 10.10.2012, „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ (KOM(2012)0582).

15. betont, dass den Auswirkungen steigender Energiepreise und der Wirtschaftskrise in diesem neuen Rahmen Rechnung getragen werden muss, was die Erschwinglichkeit von Energie und eine faire Aufteilung der finanziellen Lasten für Endnutzer, d. h. für Privathaushalte und Unternehmen, angeht; fordert insbesondere Maßnahmen, die geeignet sind, Arbeitsplatzabbau in benachteiligten europäischen Branchen mit hohem Energieverbrauch, die in ihrem jeweiligen Bereich die weltweit saubersten Industriezweige sind, zu verhindern; stellt fest, dass durch ein ambitioniertes Energieeinsparungsziel die Stromrechnungen sowohl für Privathaushalte als auch für Unternehmen gesenkt werden können; hebt hervor, dass die Durchführung der Richtlinie 2010/31/EU vom 19.5.2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden neue Arbeitsplätze auf dem Gebiet der Nachrüstung bestehender Gebäude – mit Blick auf die Sicherung fortlaufender Vorteile – entstehen lassen könnte; fordert die Mitgliedstaaten auf, die verfügbaren EU-Fördermittel für solche Zwecke zu verwenden;
16. unterstützt die Idee, den Zugang zu Finanzmitteln für Investitionen in den Mitgliedstaaten auszuweiten, die eine geringere Wirtschaftskapazität aufweisen, um Veränderungen auf der Ebene von industriellen Prozessen und Energieverbrauch, die sich positiv auf die Beschäftigung auswirken könnten, ausreichend zu fördern;
17. betont, dass Forschungen über nachhaltigere Ressourcengewinnung und innovative Technologien gefördert werden müssen, um die Umwelt besser zu schützen und die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in den entsprechenden Bereichen zu verbessern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, nachhaltigere Problemlösungen im Bereich Ressourcengewinnung zu fördern;

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	17.12.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 39 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Regina Bastos, Edit Bauer, Heinz K. Becker, Jean-Luc Bennahmias, Phil Bennion, Pervenche Berès, Milan Cabrnoch, David Casa, Alejandro Cercas, Ole Christensen, Minodora Cliveti, Andrea Cozzolino, Frédéric Daerden, Karima Delli, Sari Essayah, Marian Harkin, Stephen Hughes, Danuta Jazłowiecka, Ádám Kósa, Jean Lambert, Verónica Lope Fontagné, Olle Ludvigsson, Csaba Óry, Siiri Oviir, Konstantinos Poupakis, Elisabeth Schroedter, Traian Ungureanu, Inês Cristina Zuber
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Claudette Abela Baldacchino, Jürgen Creutzmann, Philippe De Backer, Edite Estrela, Richard Howitt, Martin Kastler, Anthea McIntyre, Evelyn Regner, Csaba Sógor, Tatjana Ždanoka
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Vojtěch Mynář